



Aus der Fraktion

Thorsten Schick (CDU) und Verena Schäffer (Grüne)

Haushalt für 2025: Verantwortung in herausfordernden Zeiten

Der nordrhein-westfälische Landtag hat am Mittwoch den Landeshaushalt für 2025 verabschiedet – ein Haushalt, mit dem die Landesregierung und die regierungstragenden Fraktionen ihrer Verantwortung in diesen herausfordernden Zeiten gerecht werden. Dazu erklären die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen von CDU und Grünen, **Thorsten Schick** und **Verena Schäffer**:

Thorsten Schick: „Kinder und Bildung, Wirtschaft und Arbeitsplätze, Sicherheit für unsere Bürgerinnen und Bürger: Das sind die Prioritäten, die wir mit diesem Haushalt setzen – obwohl wir vor großen Herausforderungen stehen. Wir erhöhen die Ausgaben für Bildung auf fast 42 Milliarden Euro. Das ist eine Kraftanstrengung dieser Landesregierung und der Fraktionen von CDU und Grünen. 5,6 Milliarden Euro werden es 2025 sein für frühkindliche Bildung. Das meiste Geld investieren wir in unsere Schulen: Mehr als jeder fünfte Euro des Landeshaushalts geht hierhin. Geld für zusätzliches Personal im Schuldienst, für den Ausbau des Offenen Ganztags, für mehr Lehramts-Studienplätze und Geld, damit Schüler besser lesen, rechnen und schreiben können. Gerade im Schul- und Kitabereich brauchen wir den Schulerschluss mit den Kommunen. Rund jeder dritte Euro aus dem Landeshaushalt geht deshalb an die Städte und Gemeinden.

Die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland ist für die Menschen im Augenblick das wichtigste Thema – wir reden nicht mehr von einer konjunkturellen Durststrecke, sondern von einer handfesten Krise des Industriestandorts Deutschland. Olaf Scholz hatte mit Doppelwumms und Bazzoka mehrfach die Trendwende angekündigt. Eingeleitet hat er sie nicht. Die Energiekosten müssen runter, Bürokratie muss weniger werden. Wir in NRW liefern bei beiden Forderungen.

Die Menschen machen sich aber nicht nur Gedanken um die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze. Unsere Polizei hat mehr Straftaten als in der Vergangenheit entdeckt. Gleichzeitig steigt die Aufklärungsquote. Das schaffen wir mit Rekordeinstellungen, guter Ausstattung und innovativer Technik. Mit den Maßnahmen nach Solingen haben wir das größte Sicherheitspaket in der Geschichte unseres Landes geschnürt.

Sicherheit ist aber nicht nur eine Aufgabe für Polizei und Justiz. Auch die Gesundheitsversorgung gehört dazu. Deshalb hat Karl-Josef Laumann als erster Gesundheitsminister die Krankenhausplanung auf den Weg gebracht. So beenden wir den ruinösen Wettbewerb zwischen den Kliniken.



Wir werden unserer Verantwortung in herausfordernden Zeiten gerecht – dafür wurden wir gewählt.“

Verena Schäffer: „Wir stellen mit diesem Haushalt die richtigen Weichen in Richtung Klimaschutz und Energiewende, unterstützen die Wirtschaft und die Beschäftigten und legen erneut einen Fokus auf Kinder, Jugendliche und Bildung. Trotz der außergewöhnlich schwierigen Finanzlage, die aktuell unsere Spielräume einschränkt, schaffen wir die Voraussetzungen für ein starkes Nordrhein-Westfalen – auch in Zukunft.

In Rekordtempo räumen wir mit den Versäumnissen vergangener Bundesregierungen in der Energiepolitik auf: Mit mehr als 900 neu genehmigten Windenergieanlagen in NRW in den letzten zweieinhalb Jahren sind wir bundesweiter Spitzenreiter. Wir schützen damit das Klima, stärken unseren Industrie- und Wirtschaftsstandort und machen Deutschland unabhängiger. Auch durch Investitionen in die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und viele Initiativen für mehr Fachkräfte tragen wir zur Sicherung unseres Wohlstands bei.

Mit 42 Milliarden Euro erreicht der Bildungshaushalt eine Rekordhöhe. Wir nehmen Kinder und Jugendliche trotz der angespannten Haushaltslage von Kürzungen aus. Mehr als 7.000 neue Lehrkräfte, Sozialarbeiter, Schulpsychologinnen und Alltagshelfer machen unsere Schulen noch besser. Wir investieren die Rekordsumme von 5,6 Milliarden Euro in unsere Kitas und 880 Millionen Euro in den Offenen Ganzttag. Nordrhein-Westfalen ist ein soziales Land und wird es auch weiterhin bleiben. Wir unterstützen viele Projekte, die akut in schwierigen Lebenslagen helfen, aber auch langfristig nachhaltig Armut bekämpfen und uns auf eine älter werdende Gesellschaft einstellen. Durch eine Kraftanstrengung ist es uns gelungen, 43 Millionen Euro mehr für die soziale Infrastruktur einzustellen als im Haushaltsentwurf der Landesregierung vorgesehen war. Trotz knapper Kassen stocken wir auch die Wohnraumförderung mit zusätzlich einer Milliarde Euro über die NRW-Bank auf.

Wir investieren in NRW hohe Summen in den Erhalt der Infrastruktur. Ein weiterer Meilenstein ist der Einstieg in die Altschuldenlösung. Wir stellen ab diesem Haushalt 250 Millionen Euro jährlich zur Verfügung, um unsere Kommunen wieder handlungsfähig zu machen.

Wir schaffen heute die Voraussetzungen für eine gute Zukunft in NRW und behalten auch in schwierigen Zeiten die langen Linien im Blick.“



Aus der Landesregierung

Landtag Nordrhein-Westfalen verabschiedet Haushaltsplan 2025: Kinder, Bildung, Schule und Sicherheit im Fokus einer nachhaltigen und generationengerechten Finanzpolitik

Ministerpräsident Wüst: Wir halten unseren Kurs der Mitte auch in finanziell herausfordernden Zeiten / Minister Dr. Optendrenk: Wir haben fest im Blick, was heute notwendig und für morgen wichtig ist

Die Landesregierung teilt mit:

Der Landtag hat am Mittwoch, 18. Dezember 2024, den Haushaltsplan für das kommende Jahr verabschiedet. Mit einem Volumen von rund 105,5 Milliarden Euro setzt der Etat gezielte Schwerpunkte, um den aktuellen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen entgegenzutreten. Der Fokus liegt dabei in den Bereichen Bildung, Innere Sicherheit und industrielle Transformation. Trotz schwieriger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen bleibt das Land handlungsfähig und investiert nachhaltig in die Zukunft.

Ministerpräsident Hendrik Wüst: „Mit dem Haushalt 2025 setzen wir klare Prioritäten: für bessere Bildung und Betreuung unserer Kinder. Für mehr Sicherheit für die Menschen in unserem Land. Und wir setzen uns ein für industrielle Innovationen, für Arbeitsplätze und Wohlstand. Dadurch halten wir unseren Kurs der Mitte auch in finanziell herausfordernden Zeiten.“

Minister der Finanzen Dr. Marcus Optendrenk: „Wir sorgen dafür, dass Nordrhein-Westfalen seine Aufgaben erfüllt und in die Zukunft investiert – immer mit dem Blick auf das, was heute notwendig und für morgen wichtig ist. Unser Haushalt 2025 ist daher ein Beleg für die Handlungs- und Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Auch und gerade unter erschwerten Bedingungen. So halten wir trotz wegbrechender Steuereinnahmen Kurs. Dabei steht die Zukunft unserer Kinder für uns an erster Stelle. Mit klaren Prioritäten und einem disziplinierten Haushalts- und Finanzmanagement schaffen wir Spielräume für gezielte Investitionen. Denn nur wer bewusst konsolidiert, kann auch gezielt investieren.“

Schwerpunkte des Haushalts 2025



Nordrhein-Westfalen begegnet den aktuellen Herausforderungen mit einer generationengerechten und zukunftsfesten Haushaltspolitik. Um diese zu ermöglichen, haben die Ressorts in vielen Bereichen Einsparungen erbracht – insgesamt in Höhe von 3,6 Milliarden Euro gegenüber der Finanzplanung. Diese Konsolidierungsbeiträge waren notwendige Bausteine, um wichtige Projekte fortzusetzen und auch für 2025 neue Impulse setzen zu können:

- **Rekordinvestitionen in Bildung**

Mit knapp 42 Milliarden Euro erreicht das Bildungsbudget einen neuen Rekordwert. Damit sind die Bildungsausgaben seit 2023 um rund 11 Prozent gestiegen. Die Schaffung von 50.000 neuen Plätzen und fast 490 zusätzlichen Stellen im Offenen Ganztags sowie ein Plus gegenüber dem Nachtragshaushalt 2024 von 250 Millionen Euro in den Bereichen Kinderbildung und Ganztagsbetreuung unterstreichen den Fokus auf frühkindliche Förderung.

- **Krisenbewältigung und Innere Sicherheit**

Als Reaktion auf den Anschlag von Solingen umfasst der Haushalt 2025 zusätzliche Mittel für die Innere Sicherheit, die Asylverfahren und die Terrorismusprävention: Drei zusätzliche Asylkammern, mehr Personal in den Ausländerbehörden und eine neue Abschiebeeinrichtung beschleunigen die Asylverfahren. Künftig werden auch virtuelle Ermittler sowie künstliche Intelligenz den Extremismus im Internet aufdecken. Allein der Haushalt 2025 sieht hierfür zusätzlich insgesamt 93 Millionen Euro vor. Hinzu kommen Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von insgesamt 312 Millionen Euro sowie die Einrichtung von 176 neuen Stellen.

Auch darüber hinaus wird mit dem Haushalt 2025 weiter in die Innere Sicherheit investiert. Trotz erheblicher Herausforderungen für den gesamten Landeshaushalt steht der Polizei ein Ausgabevolumen von rund 4,15 Milliarden Euro zur Verfügung – eine nochmalige Steigerung um rund 90 Millionen Euro im Vergleich zu 2024. Insbesondere die 2017 begonnene und seit 2022 nochmals ausgebaute personelle Stärkung der Polizei durch die Einstellung von jährlich 3.000 neuen Kommissaranwärterinnen und -anwärttern wird kontinuierlich weiterverfolgt. Für die Übernahme der geprüften Absolventinnen und Absolventen werden –neben der Nutzung von im Laufe des Jahres freiwerdenden Planstellen – 1.522 zusätzliche Planstellen bereitgestellt.



- **Stärkung der Kommunen**

Trotz aller Herausforderungen steht das Land fest an der Seite der Kommunen. Über ein Drittel des Haushalts – rund 38,4 Milliarden Euro – fließt in die Gemeinden. Mit jährlich 250 Millionen Euro wird das Land erstmals einen Beitrag zur Altschuldenlösung leisten und die Planungssicherheit der Kommunen erhöhen.

Auch der Hochwasserschutz und das Startchancen-Programm werden zusammen mit mehr als 125 Millionen Euro gefördert. Für die frühzeitige Förderung und Bildung für Kinder über das Kinderbildungsgesetz (KiBiz) stehen rund 5,6 Milliarden Euro sowie weitere rund 885 Millionen Euro für den Offenen Ganzttag zur Verfügung. Der Haushalt 2025 und die Finanzplanung für die Folgejahre sichern den Kommunen nicht nur die finanziellen Mittel, sondern auch ihre Zukunftsperspektiven.

- **Transformation und Nachhaltigkeit**

Mit dem Haushalt stärkt die Landesregierung die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und schafft die Voraussetzungen für dringend nötige Investitionen in zukunftsweisende Technologien und Innovationen. Insgesamt steigen allein im Geschäftsbereich des Wirtschaftsministeriums die Investitionen im Vergleich zu 2024 um mehr als 10 Prozent auf fast 850 Millionen Euro. Lag die Investitionsquote 2018 hier noch bei rund 27 Prozent, ist sie heute deutlich höher als 40 Prozent. So unterstützt das Land die Industrie und den Mittelstand mit passenden Förder- und Finanzierungsprogrammen.

Um die Energiekosten zu senken und die Rahmenbedingungen für Unternehmen zu verbessern, setzt die Landesregierung weiterhin auf den konsequenten Ausbau der Erneuerbaren Energien. Mit einem Beschleunigungs- und Entlastungspaket wurden Planungs- und Genehmigungsverfahren vereinfacht. Auch das Wirtschafts-Service-Portal.NRW wird 2025 weiter ausgebaut. Eine flächendeckende digitale Infrastruktur mit 5G- und Glasfaser-Versorgung ist entscheidend für einen zukunftsfähigen Standort.



Minister Dr. Optendrenk: „Wir stellen uns den finanziellen Realitäten. Trotzdem sorgen wir als moderner und nachhaltiger Staat dafür, dass unsere Kinder gute Bildungschancen haben. Wir fördern den gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und digitalen Wandel und schaffen gute Voraussetzungen für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen. Als schnelle und entschlossene Reaktion auf das schreckliche Messerattentat in Solingen haben wir das größte Sicherheitspaket der Landesgeschichte auf den Weg gebracht. Diese zusätzliche Sicherheit und Effizienz bei der Fahndung sind uns in den kommenden Jahren 400 Millionen Euro wert. Ihre Finanzierung haben wir heute mit dem Haushalt 2025 und der Finanzplanung für die Folgejahre abgesichert.“

Aufwuchs im Sozialbereich

Auch im Sozialbereich steht im kommenden Jahr insgesamt mehr Geld zur Verfügung. Die Aufwendungen im Bereich Soziale Sicherung, Familie und Jugend sowie Arbeitsmarktpolitik steigen gegenüber 2024 um rund eine Milliarde Euro auf 18,2 Milliarden Euro.

Herausforderungen durch erhebliche Steuermindereinnahmen

Die jüngsten Wachstumsprognosen sind weiterhin alarmierend. Dies schlägt sich deutlich im Ergebnis der Steuerschätzung von Oktober 2024 nieder und hat erhebliche Folgen für die öffentlichen Haushalte.

Minister Dr. Optendrenk: „Die deutsche Wirtschaft steckt in einer hartnäckigen strukturellen Krise, die die scheidende Bundesregierung nicht in den Griff bekommen hat. Die Wirtschaft in unserem Land droht weiter in die Krise zu rutschen. Das Wegbrechen der Steuereinnahmen sorgt in den Länder- sowie Kommunalhaushalten dafür, dass die finanziellen Handlungsspielräume immer enger werden. Auch für unseren Landeshaushalt sind die Auswirkungen enorm: 2025 müssen wir mit mehr als 1,3 Milliarden Euro weniger Steuereinnahmen auskommen als noch im Mai erwartet. Das kann so nicht weitergehen.“

Gleichzeitig haben die Ampel-Entscheidungen aus Berlin für immer neue und zusätzliche Belastungen für den Landeshaushalt gesorgt. Obwohl die Verantwortung für die Wirtschafts- und Konjunkturpolitik in Deutschland dem Bund zufällt, sollen die Länder und Kommunen die teuren Konjunkturprogramme des Bundes über Steuermindereinnahmen in erheblichem Maße mitfinanzieren.



Allein die dauerhaften Haushaltsverschlechterungen durch die von der Bundesregierung Ende 2022 getroffenen steuerlichen Entlastungsmaßnahmen und die Mehrausgaben für das „Wohngeld Plus“ sowie das Deutschland-Ticket belasten den Landeshaushalt dauerhaft mit 4 Milliarden Euro jährlich.

Die Folge: Mit immer neuen, nicht zu Ende gedachten Gesetzesvorhaben hat die Ampel-Koalition für große Verunsicherung gesorgt. Zahlreiche bürokratische Hürden und die unberechenbare Bundespolitik haben zu einer Investitionszurückhaltung geführt, die der deutschen Wirtschaft schadet und enorme negative Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte hat.

Vor diesem Hintergrund ist der Einsatz der Konjunkturkomponente im Rahmen der Schuldenbremse ein weiterer Baustein, um die Finanzierung von Investitionen und sozialen Leistungen sicherzustellen. Nach einer Anpassung an das Ergebnis der Herbststeuerschätzung wird sie voraussichtlich Kredite in einem Umfang von bis zu 2,055 Milliarden Euro ermöglichen. Generell werden innerhalb dieses Rahmens jedoch nur so viele Schulden aufgenommen, wie es tatsächlich aufgrund der aktuellen Entwicklung dann nötig ist.

Eckdaten des Haushalts 2025:

Eckdaten	Haushaltsgesetz 2025	Nachtragshaushalts- gesetz 2024
	in Mrd. EUR	
Haushaltsvolumen	105,5	102,8
Steuereinnahmen	78,5	76,1
Steuerfinanzierungsquote	74,7 v.H.	76,3 v.H.
Personalausgaben	37,0	34,7
Personalausgabenquote	35,2 v.H.	34,8 v.H.
Investitionsausgaben	10,9	10,6
Investitionsquote	10,4 v.H.	10,7 v.H.

Hinweis



Im Vergleich zum Vorjahr steigen die Gesamtausgaben des Landeshaushaltes auf 105,5 Milliarden Euro. Die Gründe für den Anstieg sind u.a. höhere Personalausgaben von allein 2,3 Milliarden Euro insbesondere durch die Tarifabschlüsse, bundesgesetzliche Pflichtleistungen, den kommunalen Steuerverbund, steigende Zinsausgaben und inflationsbedingte Erhöhungen auf sonstige Ausgaben.

Für die Sicherheit jüdischer Einrichtungen: Nordrhein-Westfalen stellt zusätzliche finanzielle Mittel bereit

Ministerpräsident Wüst: Jüdisches Leben muss ohne Angst und ohne Einschränkungen stattfinden können

Die Staatskanzlei teilt mit:

Wie wichtig der Schutz jüdischen Lebens und der Kampf gegen Antisemitismus sind, haben uns in besonderer Weise die Entwicklungen seit dem Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober 2023 und dessen Auswirkungen auf Nordrhein-Westfalen gezeigt. Die im „Kriminalpolizeilichen Meldedienst – Politisch motivierte Kriminalität“ erfassten antisemitischen Straftaten in Nordrhein-Westfalen haben seither einen Höchststand erreicht. Dies gibt Anlass zur Sorge, denn Jüdinnen und Juden müssen sich in Nordrhein-Westfalen sicher fühlen können. Es bedarf daher unverändert einer entschiedenen Haltung ebenso wie der Umsetzung konkreter Maßnahmen, damit sich jüdisches Leben in Nordrhein-Westfalen frei entfalten kann.

Aufgrund der angespannten Sicherheitslage hat die Landesregierung bereits für das Jahr 2024 nicht nur die staatlichen Schutzmaßnahmen für jüdische Einrichtungen verstärkt, sondern auch die den jüdischen Landesverbänden für zusätzliche Sicherheitsleistungen im Zusammenhang mit Wachdiensten zur Verfügung gestellten Mittel um knapp ein Drittel aufgestockt. Hierzu wurden mit den jüdischen Landesverbänden in Nordrhein-Westfalen eine Zusatzvereinbarung abgeschlossen, welcher der Landtag in Gesetzesform zugestimmt hat.

Da die außergewöhnliche antisemitische Bedrohungslage im Nachgang des Terrorangriffs der Hamas vom 7. Oktober 2023 auch weiterhin anhält, hat der parlamentarische Gesetzgeber mit der Verabschiedung des Haushaltsgesetzes 2025 erneut wei-



tere Mittel in Höhe von 1,5 Mio. Euro für Aufwendungen für zusätzliche Sicherheitsleistungen an jüdischen Einrichtungen im Zusammenhang mit Wachdiensten bereitgestellt.

In gemeinsamer vertrauensvoller und konstruktiver Abstimmung hat das Land Nordrhein-Westfalen mit dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein – Körperschaft des öffentlichen Rechts (K.d.ö.R.) –, dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Westfalen-Lippe K.d.ö.R., der Synagogen-Gemeinde Köln K.d.ö.R. und dem Landesverband progressiver jüdischer Gemeinden in Nordrhein-Westfalen e.V. eine weitere Zusatzvereinbarung geschlossen, um zusätzliche Mittel in Höhe von 1,5 Millionen Euro für die Sicherheit jüdischer Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen bereitzustellen. Der Landtag hat dieser Zusatzvereinbarung einstimmig seine Zustimmung gegeben.

Die Bereitstellung der zusätzlichen Mittel ergänzt die bereits angestoßenen und umgesetzten staatlichen Maßnahmen zum Schutz der Jüdinnen und Juden in Nordrhein-Westfalen, etwa die Anhebung des Schutzniveaus jüdischer Einrichtungen durch Einsatzkräfte der Polizei und die Verstärkung des Haushaltstitels zur Unterstützung baulich-technischer Sicherungsmaßnahmen.

Ministerpräsident Hendrik Wüst: „Als Land Nordrhein-Westfalen nehmen wir eine besondere Verantwortung beim Schutz jüdischen Lebens wahr. Wir sind die Heimat der größten Jüdischen Gemeinschaft in Deutschland – dies ist für uns Auftrag und Verpflichtung zugleich. Wenn wir Antisemitismus konsequent entgegenwirken wollen, müssen wir jüdisches Leben fördern und sichtbarer machen. Dafür ist es essentiell, dass jüdisches Leben ohne Angst und ohne Einschränkungen stattfinden kann. Auch in Zeiten angespannter Haushaltslagen machen wir deutlich: Die Sicherheit jüdischen Lebens hat Priorität.“

Minister und Chef der Staatskanzlei Nathanael Liminski: „Mit der Erhöhung der Mittel für zusätzliche Wachdienste und Sicherheitsleistungen an jüdischen Einrichtungen leistet die Landesregierung einen wichtigen Beitrag zum Schutz der in unserer Gesellschaft beheimateten Jüdinnen und Juden. Das gegenseitige Vertrauen und die guten Beziehungen zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und den jüdischen Gemeinden sind nicht selbstverständlich, sondern das Ergebnis einer seit vielen Jahren engen Zusammenarbeit. Ich danke allen Beteiligten für die guten und konstruktiven Beratungen.“



Die Vertragspartner werden gemeinsam die weitere Entwicklung der Sicherheitslage beobachten. Um einen verlässlichen Schutz jüdischer Einrichtungen weiterhin sicherzustellen, werden die Vertragspartner auch eine Verstärkung der bereitgestellten Mittel anstreben.

Dr. Oded Horowitz, Vorsitzender des Vorstandes des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein K.d.ö.R.: „Ein Jahr nach dem größten Massaker an Jüdinnen und Juden seit der Schoa verzeichnen wir in Deutschland und Nordrhein-Westfalen einen ungebremsten Anstieg antisemitischer Vorfälle. Umso vielversprechender wirken die Bemühungen der Landesregierung, mit den Maßnahmen des 10-Punkte-Plans Antisemitismus Einhalt zu gebieten. Die Sicherheit jüdischer Einrichtungen und Gemeinden ist für das jüdische Leben in unserem Land von existentieller Bedeutung, daher begrüßen wir die Entscheidung der Landesregierung, auch im nächsten Jahr dafür weitere Mittel zur Verfügung zu stellen.“

Zwi Rappoport, Vorsitzender des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden von Westfalen-Lippe K.d.ö.R.: „Die Gefahr für Juden durch antisemitische Anfeindungen ist nach dem 7. Oktober letzten Jahres noch einmal dramatisch gestiegen. Unbeschwertes jüdisches Leben ist fast nur noch in geschützten Räumen möglich. In dieser besorgniserregenden Situation ist die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für Sicherheitsdienste unumgänglich. Wir danken der Landesregierung sowie den demokratischen Parteien im Landtag, dass Sie mit dieser erneuten Zusatzvereinbarung den Schutz Jüdischer Gemeinden im kommenden Jahr sichern.“

Abraham Lehrer, Vorstandsmitglied der Synagogen-Gemeinde Köln K.d.ö.R.: „Die beginnende Verstärkung der im laufenden Jahr erhöhten Sicherheitskosten macht uns deutlich, dass das Land Nordrhein-Westfalen auch in herausfordernden Zeiten verantwortungsvoll mit den Sicherheitsanforderungen von jüdischen Gemeinden umgeht. Hierfür sind wir allen involvierten Ministerien dankbar.“

Alexandra Khariakova, Vorsitzende Landesverband progressiver jüdischer Gemeinden in Nordrhein-Westfalen e.V.: „Die progressiven jüdischen Gemeinden in Nordrhein-Westfalen sind Ministerpräsident Hendrik Wüst und Minister Nathanael Liminski dankbar, dass für die Sicherheit von Jüdinnen und Juden aufgrund der erhöhten Bedrohungslage seit dem 7. Oktober 2023 und dem ansteigenden Antisemitismus die im letzten Jahr angehobene Mittelzuweisung für Wachdienste auch im Jahr 2025



zum Tragen kommt. Trotz alledem wollen die progressiven jüdischen Gemeinden für alle Bürgerinnen und Bürger im Land einen offenen interkulturellen und interkonfessionellen Dialog fortführen, um Brücken zu bauen, Vorurteile abzubauen und gemeinsam gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit vorgehen.“

Minister Laumann: Mit dem neuen Krankenhausplan stellen wir die Krankenhauslandschaft zukunftsfähig und solide auf

Landesregierung und Akteure der Krankenhauslandschaft stellen finale Ergebnisse der neuen Krankenhausplanung vor

Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales teilt mit:

Die Landesregierung hat eines ihrer wichtigsten Projekte erfolgreich abgeschlossen: Mit dem nun erfolgten Versand der Feststellungsbescheide an die nordrhein-westfälischen Krankenhäuser, mit denen ihnen ihr künftiges Leistungsportfolio verbindlich mitgeteilt wurde, ist das Krankenhausplanungsverfahren beendet. Damit steht nun im Detail final fest, welches Krankenhaus zukünftig welche Leistungen anbieten kann und zu welchen Veränderungen es in der nordrhein-westfälischen Krankenhauslandschaft kommen wird.

Um den Krankenhäusern ausreichend Zeit für die Umsetzung der nötigen Veränderungen zu geben, treten die Regelungen der neuen Krankenhausplanung Dienstag, 1. April 2025, in Kraft. Darüber hinaus wird es für bestimmte Leistungsgruppen, zum Beispiel in der Kardiologie und der Orthopädie, Übergangsfristen bis Mittwoch, 31. Dezember 2025, geben. Denn gerade bei Leistungen mit hohen Fallzahlen oder einer besonderen Notfallrelevanz wird der erforderliche Aufbau von Kapazitäten Zeit in Anspruch nehmen.

In einer gemeinsamen Pressekonferenz in Düsseldorf haben Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann und maßgebliche Akteure der Krankenhauslandschaft in Nordrhein-Westfalen die Ergebnisse des Planungsverfahrens vorgestellt: Der neue Plan führt zu den dringend notwendigen Strukturveränderungen in der nordrhein-westfälischen Krankenhauslandschaft, während gleichzeitig die Qualität der Versorgung und die ortsnahe Notfallversorgung weiter sichergestellt sind.



Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann: „Ich freue mich sehr, dass wir heute mitteilen können, dass die neue Krankenhausplanung für Nordrhein-Westfalen steht. Mit dem neuen Krankenhausplan stellen wir die Krankenhauslandschaft in unserem Land durch notwendige, tiefgreifende Strukturveränderungen auf ein zukunftsfähiges und solides Fundament. Der neue Plan wirkt dem ruinösen Wettbewerb der Krankenhäuser um Fallzahlen und Personal entgegen, indem vor allem bei hoch komplexen Leistungen Doppel- und Mehrfachvorhaltungen abgebaut werden. Gleichzeitig stellt der neue Plan sicher, dass die Patientinnen und Patienten in Nordrhein-Westfalen die bestmögliche Versorgung erhalten und die Grund- und Notfallversorgung überall im Land gut erreichbar ist. Denn es ist der erste Krankenhausplan bundesweit, der anhand von klaren Qualitätsstandards für die verschiedenen Krankenhausleistungen und eindeutigen Erreichbarkeitsvorgaben für die Notfallversorgung erstellt wurde.“

Und weiter: „Der gesamte rund sechsjährige Prozess – von der Entwicklung der Planungssystematik bis zum heutigen Tag – wurde von allen relevanten Akteuren der nordrhein-westfälischen Krankenhauslandschaft gemeinsam gestaltet. Das zeigt, wie groß die Unterstützung für diese grundlegende Strukturreform ist. Den neuen Krankenhausplan zu erstellen war eine enorme Kraftanstrengung für alle Beteiligten. Für das große Engagement aller Beteiligten möchte ich mich ausdrücklich und herzlich bedanken.“

„Die nordrhein-westfälischen Krankenhäuser stehen nun vor einer Phase, in der vielerorts deutliche und teils auch schmerzhaftes Veränderungen umgesetzt werden müssen. Wir sind zum Wandel bereit“, sagt Sascha Klein, Vize-Präsident der Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen (KGNW). „Es wird nun drauf ankommen, dass in diesem Prozess der Anspruch an ein lernendes System auch mit Leben gefüllt wird. Das wird immer dann flexible Antworten erfordern, wenn die Veränderungen ein Krankenhaus unbeabsichtigt in eine wirtschaftliche Schieflage bringen. Denn das ist unser NRW-Ansatz, der sich von der Krankenhausreform des Bundes unterscheidet: Der Bedarf in den Regionen muss Maßstab für die Planung sein. Nicht der von unten weg rasierende Algorithmus vom grünen Tisch in Berlin, sondern der sorgsame Blick auf den Versorgungsbedarf in den Regionen prägt diese Planung. Das ist Ausdruck einer gemeinsamen Verantwortung für die Patientinnen und Patienten hier in NRW.“ Zugleich unterstreicht KGNW-Vize-Präsident Klein die Bedeutung der vom Land bereitgestellten rund 2,5 Milliarden Euro für die Umsetzung der Krankenhausplanung: „Mit diesen Investitionsmitteln wird der Einstieg in die Umsetzung dieser Krankenhausplanung ermöglicht. Und es ist ein wichtiges Signal, dass dieses Budget



auch in Zeiten knapper Landeshaushalte unberührt bleibt. Entscheidend für eine stabile Krankenhausversorgung ist es aber auch, dass für die Transformationskosten, die durch die Schließung von Abteilungen und ganzen Standorten entstehen, eine finanzielle Lösung gefunden wird. Das können die durch die historische Defizitkrise geschwächten Träger nicht aus eigener Kraft tragen.“

Dirk Ruiss, Leiter der vdek-Landesvertretung NRW, stellvertretend für die Krankenkassen/-verbände in NRW: „Der heutige Tag ist quasi der Zieleinlauf nach sechs Jahren intensiver gemeinsamer Arbeit auf dem Weg hin zu einer guten, qualitativ hochwertigen und bedarfsgerechten Krankenhausversorgung in NRW. Wir sind uns sicher, dass durch die Leistungskonzentration bei gleichzeitigem Erhalt einer wohnortnahen Grundversorgung, die Qualität der Versorgung für unsere Versicherten spürbar zunehmen wird. Nun kommt es entschieden darauf an, dass die Planungsvorgaben auch konsequent umgesetzt werden! Jetzt heißt es springen!

Die jetzt vorliegenden Entscheidungen sind sorgfältig abgewogen und austariert, da wo nötig hat es in den letzten Wochen nochmal versorgungspolitisch notwendige Anpassungen gegeben.

Hervorheben möchten wir auch besonders erfreuliche Positivbeispiele, mit denen im Vorfeld nicht zu rechnen war. So zum Beispiel die Regionen Soest und Lippstadt: dort stehen im Zusammenhang mit der Krankenhausplanung trägerübergreifende Fusionen an, was früher undenkbar gewesen wäre. Genau das ist es, was Konzentration bedeutet! Mit der Umsetzung des neuen Krankenhausplans NRW sind wir auch gut vorbereitet auf die in den nächsten Jahren anstehende Umsetzung der Bundeskrankenhausreform.“

Dr. Hans-Albert Gehle, Präsident der Ärztekammer Westfalen-Lippe: „Der Spezialisierungsgedanke der nordrhein-westfälischen Krankenhausplanung hat erhebliche Auswirkungen auf die ärztliche Weiterbildung. Bisherige „volle“ Weiterbildungsbefugnisse müssen angepasst werden, wenn neue Versorgungsaufträge das Leistungsspektrum eines Hauses einschränken. Das wird ab 2026 greifen. Bis dahin müssen Netzwerke geknüpft werden, die ärztliche Weiterbildung mit Verbänden und Rotationen möglich machen. Deshalb erwarten wir als Ärztekammern, dass die Landesregierung verbindliche Vorgaben zu regionalen und trägerübergreifenden Weiterbil-



dungsverbänden festlegt, zum Beispiel im Krankenhausgestaltungsgesetz des Landes. Dies gilt neben den speziellen chirurgischen Fächern wie Orthopädie und Unfallchirurgie auch für Querschnittsfächer wie Anästhesie oder Radiologie.

Und weiter: „Wenn durch die neuen Versorgungsaufträge die Möglichkeiten zur Weiterbildung in den Häusern eingeschränkt werden, muss es also Strukturen geben, die nach wie vor ärztliche Weiterbildung möglich machen. Darüber wird die Kammer wachen. Denn die Attraktivität zahlreicher Kliniken für Weiterbildungsassistentinnen und -assistenten wird ohne diese verbindlichen regionalen und trägerübergreifenden Rotationen im Sinne einer gesicherten Weiterbildung nachlassen und in der Folge dann auch zu Versorgungsproblemen durch den daraus resultierenden Ärztemangel an diesen Kliniken führen.“

Sandra Postel, Präsidentin der Pflegekammer Nordrhein-Westfalen, betont: „Parallel zur Krankenhausplanung wurde die Pflegekammer in vergleichbarem zeitlichem Rahmen etabliert. Die Rolle der Ärztekammern verdeutlicht, wie wichtig fachlicher Einfluss in der Planung ist. Als junge Pflegekammer konnten wir erstmalig unsere berufsständische Perspektive einbringen und beispielsweise darauf hinweisen, wenn intersektorale Auswirkungen auf die pflegerische Versorgung zu befürchten waren oder wenn bei komplexen fachlichen Anforderungen, wie in der Pädiatrie oder Schwerstverbrennungsversorgung, Bedenken gegen die Bescheidung bestanden.“

Die Veränderungen in der Krankenhauslandschaft im Überblick

Der Krankenhausplan NRW zielt vor allem darauf ab, Doppel- und Mehrfachvorhalten in räumlicher Nähe abzubauen. Das gilt insbesondere für die Leistungsgruppen, die gut planbar sind, beispielsweise in der Orthopädie.

- Beispiel Endoprothetik Knie:
214 Anträge landesweit – 136 Zuweisungen (= minus 36 Prozent)
- Beispiel Endoprothetik Hüfte:
236 Anträge landesweit – 137 Zuweisungen (= minus 42 Prozent)

Das gilt aber auch für Bereiche, in denen eine hochspezialisierte Versorgung und große Expertise nötig sind, beispielsweise der Onkologie. Hier ist eine Konzentration auf weniger Krankenhausstandorte mit mehr Erfahrung und Expertise dringend erforderlich, um für die Patientinnen und Patienten die bestmögliche Behandlung anbieten



zu können. Daher wurden nicht allen Krankenhäusern, die Anträge für diese Leistungsbereiche gestellt haben, die entsprechenden Leistungsgruppen zugewiesen.

- Beispiel Behandlung von Leberkrebs:
113 Anträge landesweit – 29 Zuweisungen (= minus 74 Prozent)
- Beispiel Behandlung von Speiseröhrenkrebs:
71 Anträge landesweit – 26 Zuweisungen (= minus 63 Prozent)

Gleichzeitig gibt es Bereiche, die stark notfallrelevant sind, bei denen eine Konzentration nicht oder nur eingeschränkt möglich sind. Ein Beispiel hierfür sind kardiologische Angebote.

- Beispiel Interventionelle Kardiologie:
165 Anträge landesweit – 141 Zuweisungen (= minus 15 Prozent)

Im Bereich der Behandlung von Kindern und Jugendlichen wurde in der Regel allen Anträgen zugestimmt, die die Mindestkriterien erfüllen. So sind beispielsweise die Bedarfe in der psychiatrischen und psychosomatischen Versorgung – auch als Folge der Coronapandemie – deutlich gestiegen. Den Anträgen in diesem Leistungsbereich wurde daher teils in vollem Umfang und teils im Rahmen der bestehenden Auslastung nachgekommen. Damit geht der neue Krankenhausplan bei der psychiatrischen und psychosomatischen Versorgung sogar über die Bedarfsprognose hinaus.

Die Ergebnisse der Krankenhausplanung sind im Detail einsehbar unter:

<https://www.mags.nrw/startseite/gesundheit/krankenhausplanung-nrw/ergebnisse-der-krankenhausplanung-nrw>

Finanzielle Unterstützung

Die Landesregierung unterstützt die nordrhein-westfälischen Krankenhäuser bei den notwendigen Strukturveränderungen und Investitionen mit erheblichen zusätzlichen Finanzmitteln. Für Maßnahmen zur Umsetzung des neuen Krankenhausplans werden in dieser Wahlperiode rund 2,5 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden. Die ersten Förderbescheide in Höhe von rund 409 Millionen Euro hat Gesundheitsminister Laumann bereits Anfang Dezember an acht nordrhein-westfälische Krankenhäuser überreicht. Die verbleibende Fördersumme von rund 2,1 Milliarden Euro wird in den kommenden Jahren für weitere notwendige Strukturveränderung und Investitionen an die nordrhein-westfälischen Krankenhäuser vergeben.



Millionen-Förderung für die Entwicklung neuer Chip-Generation in Nordrhein-Westfalen

Wissenschaftsministerin Brandes: Wir brauchen die Finanzkraft der EU, um bei der Erforschung solcher Schlüsseltechnologien mitzuhalten

Das Ministerium für Kultur und Wissenschaft teilt mit:

Navigations- und Sicherheitssysteme in Autos, medizinische Ultraschallgeräte und Herzschrittmacher, Smartphones und Computer – überall in unserem Alltag werden Halbleiter-Chips verbaut. Doch inzwischen sind die Anwendungen so komplex geworden, dass das herkömmliche Herstellungsverfahren von Chips, oft auf Basis des Halbleitermaterials Silizium, an seine physikalischen Grenzen stößt. Um extrem hohe Rechenleistungen zum Beispiel für Anwendungen der Künstlichen Intelligenz (KI) zu bewältigen, setzt die Europäische Union auf die Entwicklung einer neuen Generation von Chips, die auf Chiplets beruhen. Davon wird auch der Forschungs- und Wissenschaftsstandort Nordrhein-Westfalen profitieren: Das Fraunhofer-Institut für Mikroelektronische Schaltungen und Systeme (IMS) in Duisburg sowie das Fraunhofer-Institut für Hochfrequenzphysik und Radartechnik (FHR) in Wachtberg erhalten für die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten eine Förderung in Höhe von 4,3 Millionen Euro vom Ministerium für Kultur und Wissenschaft in Nordrhein-Westfalen. Insgesamt wird das nordrhein-westfälische Teilvorhaben von Land, Bund und EU mit rund 30,6 Millionen Euro bis 2029 finanziert.

Die Forschung erfolgt im Rahmen des EU Chips Act mit der Pilotlinie „Advanced Packaging and Heterogeneous Integration for Electronic Components and Systems“ (APECS). APECS bündelt die Kompetenzen, Infrastrukturen und das Know-how von insgesamt zehn Partnern aus acht europäischen Ländern, darunter Nordrhein-Westfalen. Über 730 Millionen Euro werden dafür von der EU und den Ministerien der beteiligten Länder bereitgestellt. Damit sollen die Forschungs- und Fertigungskapazitäten für Halbleiter in Europa erhöht und der Transfer aus dem Labor in die Industrie beschleunigt werden.

Wissenschaftsministerin Ina Brandes: „Smarte Halbleiterlösungen gehören zu den Voraussetzungen für eine erfolgreiche Erforschung von KI-Anwendungen und Quantentechnologien. Nordrhein-Westfalen hat mit exzellenten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und innovationsstarken Unternehmen die besten Voraussetzungen, einen gewichtigen Beitrag zur Entwicklung der neuen Chip-Generation zu leisten. Wir



brauchen die Finanzkraft der EU, um bei der Erforschung solcher Schlüsseltechnologien mit den großen US-Konzernen und China mithalten zu können.“

Die neuen Chiplets sind Miniatur-Bausteine von Chips, die modular zusammengesetzt werden. Jedes einzelne Chiplet ist für eine spezifische Aufgabe optimiert. Am Ende werden mehrere Chiplets zu einem Chip zusammengefügt, der alle gewünschten Funktionen verbindet. Hierfür wird das Advanced Packaging genutzt. Der Vorteil: Die Chiplets können besonders flexibel, kosten- und ressourcenschonend produziert werden. Da sie sich immer wieder zu neuen Chips kombinieren lassen, werden sie dem schnellen technologischen Fortschritt gerecht.

In Deutschland wird die APECS-Pilotlinie von der Fraunhofer-Gesellschaft koordiniert und von der Forschungsfabrik Mikroelektronik Deutschland (FMD) umgesetzt. An der FMD sind insgesamt zwölf Institute des Fraunhofer-Verbunds Mikroelektronik sowie die zwei Leibniz-Institute FBH (Ferdinand-Braun Institut, Leibniz-Institut für Höchstfrequenztechnik) und IHP (Leibniz-Institut für innovative Mikroelektronik) beteiligt.

Europa und insbesondere Deutschland verfügen über ein dynamisches Ökosystem aus universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die eng und vertrauensvoll mit großen, mittleren und kleinen Unternehmen sowie Start-ups kooperieren. Für viele Branchen ist der Zugang zu Spitzentechnologien aufgrund geringer Ressourcen in Europa allerdings begrenzt. Mit der APECS-Pilotlinie wird die Zusammenarbeit im Bereich der Mikroelektronik intensiviert und die globale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Halbleiterindustrie gesteigert.

APECS-Pilotlinie

Durch die Bereitstellung einer Vielzahl von Technologien soll APECS zum führenden Drehkreuz für die europäische Mikroelektronik werden. Hier werden alle Entwicklungsschritte von A bis Z ermöglicht, von der Innovationsidee aus der Spitzenforschung heraus bis zum kundenspezifischen Produktionsverfahren. Dabei sollen die Integrationstechnologien zum Beispiel so vereinheitlicht werden, dass die Unternehmen fortschrittliche Produkte auch in kleineren Stückzahlen zu konkurrenzfähigen Kosten entwickeln können.

APECS wird von der EU und den nationalen Ministerien der beteiligten Länder kofinanziert. Insgesamt werden in der Pilotlinie 730 Millionen Euro über 4,5 Jahre bereitgestellt. Die deutsche Förderung wird anteilig vom Bundesministerium für Bildung



und Forschung und von den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein getragen. Auf das Teilvorhaben aus Nordrhein-Westfalen entfallen mehr als 30 Millionen Euro bis 2029. Neben Deutschland sind Österreich (TU Graz), Finnland (VTT), Belgien (imec), Frankreich (CEA-Leti), Griechenland (FORTH), Spanien (IMB-CNM, CSIC) und Portugal (INL) an der pan-europäischen Mikroelektronik-Pilotlinie beteiligt.

Mit besseren Rahmenbedingungen in Deutschland und Nordrhein-Westfalen Produktivität, Wettbewerbsfähigkeit und Klimaneutralität stärken

Ministerin Neubaur: Mutige Reformen sind der Schlüssel zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts. Mehr Kapital für klimafreundliche Investitionen mobilisieren

Das Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie teilt mit:

Deutschland gehörte im internationalen Standortvergleich jahrelang zu den führenden Ländern. Doch die gute Positionierung ist aktuell in Gefahr. Globale Herausforderungen wie Digitalisierung, demografischer Wandel, Dekarbonisierung und De-Globalisierung treffen Deutschland als klassisches Industrieland besonders. Gleichzeitig kann die Wettbewerbsfähigkeit durch umfassende Reformen wieder hergestellt werden. Das sind die Ergebnisse einer vom Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen beim Institut der deutschen Wirtschaft beauftragten Studie. In Nordrhein-Westfalen sind mit rund 80 Milliarden Euro pro Jahr bis 2045 besonders hohe Investitionen in die Dekarbonisierung notwendig. Aufgrund seines hohen Industrieanteils entspricht das 30 Prozent aller Investitionen in Deutschland im Vergleich zu einem Anteil von 21 Prozent am Bruttoinlandsprodukt.

Dass Wachstum und Klimaschutz aber keine Gegensätze sein müssen, sondern einander befördern können, zeigt der US-amerikanische Inflation Reduction Act. Steuergutschriften, wie der Investment Tax Credit und der Production Tax Credit, machen Investitionen in Klimaschutz auf einfache und unbürokratische Weise rentabel.



Wirtschaftsministerin Mona Neubaur: „Wettbewerbsfähigkeit und Klimaneutralität gehen Hand in Hand. Deutschland kann in vielen Bereichen der klimaneutralen Industrieproduktion sowie bei Umwelt- und Klimaschutzgütern Weltmarktführer werden – oder bleiben. Der von mir vorgeschlagene ‚Investitions-Booster‘ kann hierzu einen wichtigen Beitrag leisten, denn er würde mehr privates Kapital für klimafreundliche Investitionen mobilisieren. Der Vorteil von Steuergutschriften liegt in ihrer Einfachheit und besseren Planbarkeit für Investorinnen und Investoren. Mutige Reformen sind der Schlüssel zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts!“

Prof. Dr. Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft: „Industrie und Mittelstand in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen brauchen eine Wachstums- und Investitionsstrategie für die Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft. Diese Strategie muss im Kern dazu führen, dass erheblich mehr an privatem Kapital mobilisiert wird. Hierzu brauchen wir deutlich bessere finanzielle Anreize und stabilere Rahmenbedingungen.“

Jürgen Schnitzmeier, Geschäftsführer der ZENIT-GmbH und Sprecher von Germany Finance: „Die Transformation von Finanz- und Realwirtschaft ist bereits in vollem Gange. Digitalisierung und Dekarbonisierung lösen nicht nur große Investitions- und Finanzierungsbedarfe aus. Sie zwingen Banken, Kreditwirtschaft und Unternehmen zu einer disruptiven Anpassung ihrer Produkte, Prozesse und Geschäftsmodelle. Dem Finanzsektor kommt dabei eine Schlüsselfunktion zu. Haftungsfreistellungen und Garantien können helfen, die Finanzierung wichtiger Transformationsvorhaben zu ermöglichen.“

Gemäß den Ergebnissen der Studie sollte eine Investitionsagenda für den Standort Deutschland mehrere Reformen kombinieren:

- Steuerliche Investitionsanreize und Fördermittel
- Reduzierung von Bürokratie
- Beschleunigung der Digitalisierung in der Verwaltung
- Vollendung der europäischen Kapitalmarktunion
- Stärkung der Fachkräftebasis
- Verstärkte Investitionen in die Infrastruktur

Die Studie ist unter folgendem Link abrufbar:

www.wirtschaft.nrw/system/files/media/document/file/studie-fin.connect.pdf



Hintergrund

Die **Studie** „Der Industriestandort Deutschland in Zeiten der Dekarbonisierung: Vergleich der Transformationsstrategien zwischen USA, EU und Deutschland“ wurde vom Institut der Deutschen Wirtschaft (IW, Köln) im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes NRW in Partnerschaft mit Germany Finance erstellt. Die Ergebnisse der Studie wurden auf dem Jahreskongress der Initiative Fin.Connect.NRW am 16. Dezember 2024 in Düsseldorf präsentiert.

Germany Finance ist die Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Finanzplätze, einem informellen Zusammenschluss deutscher Finanzplatzinitiativen aus Berlin, Frankfurt, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Stuttgart. Ihr Ziel ist es, die Attraktivität und Vielfalt des Finanzplatzes Deutschland zu erhöhen und zu kommunizieren.

Fin.Connect.NRW ist ein vom Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen finanziertes Kompetenzzentrum, das sich mit der Finanzierung der digitalen und nachhaltigen Transformation beschäftigt, Lösungsvorschläge insbesondere für den Mittelstand initiiert und vermittelt, Finanz- und Realwirtschaft vernetzt und Projekte anstößt. Fin.Connect.NRW wird getragen vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW) mit seiner wissenschaftlichen Kompetenz, der ZENIT GmbH mit ihrer Innovations-, Transformations- und Netzwerkkompetenz sowie der IHK NRW mit ihrer beruflichen Bildungs- und Qualifizierungskompetenz.